

RICHTUNGSWECHSEL IM WEISSEN HAUS?

ANSÄTZE FÜR DIE TRANSATLANTISCHE ZUSAMMENARBEIT

FACHKONFERENZ VON KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG UND AMERICAN JEWISH COMMITTEE,
BERLIN, 8./9. DEZEMBER 2008

Der 44. Präsident der Vereinigten Staaten heißt Barack Obama. Sein Wunsch nach Wandel weckt auf beiden Seiten des Atlantiks Hoffnungen, die künftigen Herausforderungen bewältigen zu können. Zugleich sind die Krisen und Konflikte, denen sich die USA und Europa gegenübersehen, drängender denn je: Afghanistan ist unsicher, Iran strebt nach Atomwaffen, und das Risiko des Handels mit Nuklearmaterial wächst. Gleichzeitig gewinnt der Wettbewerb um Ressourcen an Schärfe und gefährdet die sichere Energieversorgung.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung zählt die transatlantische Partnerschaft seit jeher zu ihren zentralen Arbeitsgebieten und lud daher am 8./9. Dezember 2008 gemeinsam mit dem American Jewish Committee (AJC) und der Botschaft der Vereinigten Staaten in Deutschland zu einer Konferenz in die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, um vor dem Hintergrund des amerikanischen Regierungswechsels neue Perspektiven für die transatlantische Zusammenarbeit aufzuzeigen. Zu diesem Zweck wurde die Veranstaltung auch vom Zentrum für Europäische Studien (CES) in Brüssel gefördert.

DIE HERAUSFORDERUNGEN GEMEINSAM MEISTERN

Den Auftakt bildete ein gut besuchter Abendempfang am 8. Dezember im Schöneberger Rathaus, bis 1989 Sitz der Regierung Westberlins und Freiheitssymbol der geteilten Stadt. Vom Rednerpult aus, hinter dem John F. Kennedy am 26. Juni 1963 vor Tausenden begeisterter Menschen seine berühmte „Ich-bin-ein-Berliner“-Rede hielt, betonte einleitend Professor Beate Neuss, stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass die transatlantische Partnerschaft auf den Pfeilern Freiheit und Demokratie stehe. Auf dieser Basis müssten Europa, Deutschland und die USA eine gemeinsame Haltung entwickeln. Sonst seien die großen und mannigfaltigen Herausforderungen wie die Wirtschaftskrise, der Klimawandel, der Aufstieg neuer Groß-



*Gut besuchter
Abendempfang
am 8. Dezember
im Schöneberger
Rathaus*

mächte, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die gefährliche Verknüpfung von *failed states* und internationalem Terrorismus nicht zu meistern.

Deidre Berger, Direktorin des Berliner Büros des American Jewish Committee, erklärte, dass man die in den letzten Jahren bisweilen bitteren Konflikte der Verbündeten überwinden müsse. Es sei Zeit für einen „neuen transatlantischen Konsens“, um die neuen Bedrohungen für Freiheit, Sicherheit und Grundrechte zu bekämpfen. Es sei „dringender denn je“, diese Schwierigkeiten „auf dem Fundament des Geistes der transatlantischen Kooperation und des Vertrauens“ anzugehen.

John Koenig, Geschäftsträger, a.i. der amerikanischen Botschaft, unterstrich in seiner *Keynote* die große Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit, deren Eckpfeiler die transatlantische Gemeinschaft bleibe. Insbesondere die NATO sei ein Beleg für die „Stärke und Vitalität der Wertegemeinschaft, die Recht, Demokratie und den freien Markt“ fördere. Die wachsende gestalterische und ausführende Kraft der Europäischen Union mache sie zu einem immer wichtigeren Partner Amerikas. Koenig berief sich in seiner Hoffnung für die Konferenz auf die Rede Barack Obamas an der Berliner Siegestsäule im Juni 2008: „Wahre Partnerschaft und wahrer Fortschritt benötigen Alliierte, die einander zuhören, von einander lernen, und, am allerwichtigsten, einander vertrauen.“



Patrick Child, Leiter des Kabinetts der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik in Brüssel, beleuchtete die Erwartungen der Europäer, die diese mit dem Machtwechsel in Washington verbinden. Er konstatierte, dass schon die Wahl Barack Obamas die Einstellung Europas gegenüber den USA deutlich verbessert habe. Doch auch wegen der Finanzkrise werde sich weniger ändern, als viele hoffen. Die EU müsse ihre strategischen Ziele besser definieren und besser darstellen, was die Union auch alleine leisten könne, um dann die großen Herausforderungen zusammen mit den USA in einer gemeinsamen Strategie anzugehen. Denn „wenn die EU und die USA zusammenarbeiten, dann gibt es sehr wenig, was wir nicht erreichen können.“

EINIGKEIT IN GRUNDSÄTZLICHEN FRAGEN

Welche Chancen eröffnet der Sieg Barack Obamas für die transatlantischen Beziehungen? Gelingt es beiden Partnern, neue Wege in der Zusammenarbeit zu beschreiten? Die am Vorabend angesprochenen Themen wurden während des Konferenztages in vier Panels ausführlich erörtert. Eines schien klar: Nur gemeinsam sind Europa und die USA in der Lage, eine Antwort auf die dringendsten Herausforderungen zu geben. In bemerkenswerter Offenheit diskutierten englische, amerikanische, französische, slowakische und deutsche Experten aus den Bereichen Politik, Diplomatie und Wissenschaft über die zentralen Bereiche des transatlantischen Handelns und stellten sich den Fragen eines fachkundigen Publikums.

Die Paneldiskussionen demonstrierten weitgehende Einigkeit in der grundsätzlichen Bewertung der neuen amerikanischen Regierung, dem Zustand und der künftigen Rolle der Europäischen Union, der transatlantischen Partnerschaft, der Situation in Afghanistan, Pakistan, Irak, dem Iran und Russland in den Bereichen Sicherheit, Stabilität und Energie. Meinungsunterschiede gab es in der Einschätzung von Aspekten

dieser Themenkomplexe. Es herrschte auch Konsens darüber, dass es in der Obama-Administration mehr Offenheit gegenüber Freunden und Gegnern, aber letztlich mehr Kontinuität als Wandel geben werde. Die EU bleibe ein zentraler Partner im atlantischen Bündnis, sie müsse sich aber sehr viel stärker untereinander abstimmen, wirksamere politische und strategische Zielsetzungen erarbeiten und einen viel größeren Beitrag in den gegenwärtigen Krisenregionen der Allianz leisten.

Russland bleibt nach Einschätzung der Tagungsteilnehmer ein sehr wichtiger Partner Europas und der Allianz in Fragen der Sicherheit (Afghanistan, Iran, Pakistan, Nordkorea), Wirtschaft und Energieversorgung. Doch müsse dem Land auch deutlich gemacht werden, welche Entwicklungen und Ausrichtungen vom Bündnis und der EU nicht akzeptiert werden und unverhandelbar sind. Auch war man sich einig darüber, dass der Iran eine wichtige Rolle in der Region und in der Welt spiele (Sicherheit im Irak, in Afghanistan, in Pakistan, Energieversorgung) und man ihm eine zivile Nutzung der Atomkraft zugestehen. Inakzeptabel hingegen sei eine Nuklearmacht Iran. Die Nichtverbreitung muss, wenn Verhandlungen, Sanktionen und interner Regimewechsel fehlschlagen sollten, mit letzter Konsequenz durchgesetzt werden.

Was die globale Finanz- und Wirtschaftskrise betrifft, so herrschte Konsens unter den Rednern, dass Protektionismus der falsche Lösungsweg sei. Nur offene Weltmärkte könnten der Krise Herr werden.

ERWARTUNGEN AN BARACK OBAMA

Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass der neue US-Präsident weniger unilateral handeln dürfe und stattdessen eine größere Bereitschaft zeigen müsse, auf die europäischen Alliierten zuzugehen und deren Sichtweisen einzubeziehen. Eine solche Umstellung würde den Kampf gegen den Terror, die Lage in den

*Gerhard Wahlers (links):
„Die drängenden globalen Herausforderungen vom internationalen Terrorismus bis zum Klimawandel können nicht von den USA alleine bewältigt werden, ohne die USA können sie allerdings auch nicht gemeistert werden.“*

*Elmar Brok (rechts):
„Wir Europäer müssen konzeptionell und in der Sache besser werden, um ein glaubwürdiger Ansprechpartner zu sein.“*



Krisenherden Iran, Afghanistan, Irak und Pakistan sowie das Verhältnis zu Russland deutlich verbessern. Eine politisch geschlossen agierende Europäische Union wurde von allen Teilnehmern gefordert; eine solcherart gestärkte EU sei auch im Interesse der USA. Allerdings herrschte ebenfalls Einigkeit, dass es an Abstimmung unter den europäischen Partnern mangle. Es sei daher nicht verwunderlich, dass Amerika die EU bislang kaum als verlässlichen Partner auf Augenhöhe betrachte.

Übereinstimmung bestand auch darüber, dass die Vereinigten Staaten unter Barack Obama weiterhin eine führende Rolle in der Welt spielen müssen, ja sich sogar noch stärker engagieren müssten, zum Beispiel bei der Bekämpfung des Klimawandels. Fortschritte bei Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie ein abgestimmtes und die Situation vor Ort stärker berücksichtigendes Vorgehen der Alliierten in Afghanistan waren weitere Erwartungen der Runde. „Change“ darf nach Ansicht der Teilnehmer nicht die Abkehr vom amerikanischen Pragmatismus in Sicherheitsfragen bedeuten, sondern sollte sich lieber auf die Abkehr von einigen unrealistischen Wahlkampf-Ideen beziehen – wie beispielsweise die „Global Zero“-Initiative, welche die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen zum Ziel hat.

TRANSATLANTISCHE LÖSUNGEN MITGESTALTEN

In seiner Eröffnungsbemerkung verwarf *Gerhard Wahlers*, stellvertretender Generalsekretär der Konrad Adenauer-Stiftung, den gegenwärtig populären Abgesang auf die Supermacht USA. Militärisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell seien und blieben die USA in den nächsten Jahrzehnten führend in der Welt. Auch die Meinungsverschiedenheiten der transatlantischen Partner seien relativ nebensächlich: „Was bedeuten eigentlich diese Differenzen im Vergleich zu dem, was uns von anderen Akteuren auf der Weltbühne trennt?“ Überall auf der Welt komme man zu dem Schluss, „dass man den Akteur Vereinigte Staaten von

Amerika braucht, wenn man zu Lösungen kommen will“. Europa und Deutschland sollten sich aber keineswegs auf das Reagieren beschränken, sondern sich gestalterisch in den Prozess der transatlantischen Lösung internationaler Probleme einbringen.

Diese Einschätzung teilte *Elmar Brok*, Mitglied des europäischen Parlaments und außenpolitischer Koordinator der EVP-ED-Fraktion. In seinem Einführungsvortrag stellte er fest, dass europäische Schwäche eine der wichtigsten Ursachen des amerikanischen Unilateralismus sei. Vor Erreichung einer „*inter-pares*-Beziehung“ zu den USA müsse die EU ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit erhöhen. Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags wäre ein großer Schritt in diese Richtung bereits getan. Die Kombination von militärischer Schlagkraft der USA und von *soft power* der EU würde zu neuen Lösungsansätzen führen. Außerdem müsse „die NATO wieder Ort strategischer Debatten und strategischer Entscheidungen werden“. Zu diesem Zweck solle es auch einen „europäischen Corpus“ innerhalb des Bündnisses geben, denn „wenn die Europäer auf der EU-Ebene gemeinsame Politik formulieren, müssen sie sie auch in die Arbeit der NATO übersetzen“.

Allerdings sei ohne eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik der EU die Schlagkraft und Glaubwürdigkeit von Europäischer Union und NATO stark gemindert. Besonders hinderlich sei in diesem Zusammenhang die Divergenz zwischen alten und neuen Mitgliedsländern in deren Haltung gegenüber Amerika und Russland. Konkret sprach Elmar Brok den amerikanischen Raketenabwehrschild in Polen und der Tschechischen Republik an. Er interpretierte diesen als Beispiel amerikanischer Politik des *divide et impera*, die zu einem „dramatischen Glaubwürdigkeitsverlust“ der EU führen könne, wenn die alten Mitgliedsländer die Sorgen und Befürchtungen der neuen Mitgliedsländer gegenüber Russland nicht ernst genug nähmen. Jetzt sei es an der Zeit, in der EU und der NATO



Ivan Korcok (links):

„Russland will eine Sicherheitsarchitektur mit viel weniger transatlantischer Bindung, ohne Schlüsselstellung der NATO und ohne NATO-Osterweiterung.“

Eckart von Klaeden (rechts):

„Es ist ein weit verbreiteter Irrtum in Deutschland anzunehmen, dass die enge transatlantische Partnerschaft ein Gebot des Kalten Krieges gewesen und man nun nach dessen Ende nicht mehr so auf die USA angewiesen sei.“

„deutlich zu machen, dass es kein Land unterschiedlicher Sicherheitsqualität gibt, sondern die Solidarität für alle gleichermaßen gilt.“

TRANSATLANTISCHE BRÜCKEN

Wie kann das Vertrauen in die transatlantischen Beziehungen gestärkt werden? Wie stellt man Sicherheit her – und wie kann man eigene Interessen entwickeln und durchsetzen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Auftaktpanels „Transatlantische Brücken: Vertrauen schaffen, Zusammenarbeit vertiefen“. Dabei lag ein Fokus auf der Herausforderung für die Europäische Union, eine gemeinsame Haltung gegenüber Russland zu entwickeln. An dieser Frage wurden exemplarisch Handlungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und Ausrichtung der transatlantischen Partnerschaft problematisiert und Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Moderation führte Gerhard Wahlers.

S.E. Ivan Korcok, Botschafter der Slowakischen Republik, brachte zum Ausdruck, dass es zumindest sieben Mitglieder der EU und der NATO gebe, die Präsident George W. Bush viel zu verdanken hätten – nämlich die Aufnahme in diese Organisationen. Gleichwohl kritisierte er den Unilateralismus der Bush-Regierung bei den Kampfeinsätzen im Irak und in Afghanistan. Die Zusammensetzung des außen- und sicherheitspolitischen Teams zeige, so der Botschafter erfreut, dass es auch unter Barack Obama keinen „Verzicht auf die Konstanten der amerikanischen Außenpolitik“ geben werde, allerdings einen konstruktiveren Ton. Eine stärkere Rolle Europas in der transatlantischen Zusammenarbeit bedinge eine engere und verbesserte Abstimmung der Mitgliedsländer untereinander und hänge maßgeblich von der Annahme des Lissabonner Vertrags durch die Mitgliedsstaaten ab. Sollte dieses Projekt scheitern, dann falle die EU auf lange Sicht für Amerika als berechenbarer und schlagkräftiger Partner aus – wodurch die transatlantische Gemeinschaft insgesamt geschwächt werde.

Das „vitale Interesse“ der EU sei ein kooperatives Verhältnis zu Russland. Amerika müsse zu verstehen gegeben werden, dass nur Europa die notwendige Modernisierung Russlands vorantreiben könne. Gleichzeitig müsse man sich auf beiden Seiten des Atlantiks klar darüber sein, dass ein kooperatives Verhältnis zu Russland nicht um jeden Preis angestrebt werden dürfe, sollte sich das Land zu einer noch größeren strategischen und sicherheitspolitischen Herausforderung für die EU und das Bündnis entwickeln.

Vernetzte Sicherheit

Diesen Punkt unterstrich auch *Eckart von Klaeden*, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, und forderte Deutschland auf, nicht länger „dem Sirenenengesang des Kreml anzuhängen, das russische Verhalten sei alles eine Folge der Einkreisung Russlands durch die NATO. Denn diese Darstellung ist schlichtweg falsch.“ Stattdessen plädierte er für eine koordinierte transatlantische Russland-Politik, um das Land in Lösungskonzepte für die drängenden Fragen einzubinden, zum Beispiel in eine gemeinsame Iran-Politik.

Dies sei umso wichtiger, als die Möglichkeiten des amerikanischen Militärs im allgemeinen überschätzt würden. Die Europäer müssten wesentlich mehr tun, wenn „wir unsere Rede von der vernetzten Sicherheit wirklich ernst meinen“. Es seien nicht notwendigerweise militärische Anstrengungen, schon eine besser koordinierte und größer angelegte europäische Entwicklungshilfe in Afghanistan wäre ein guter Anfang. Von Klaeden begründete ein größeres deutsches Engagement auch mit der nicht unwesentlichen Rolle Afghanistans bei der deutschen Wiedervereinigung. Denn die Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan im Februar 1989 habe es ihr „unmöglich gemacht, ihren Hegemonialanspruch in Mitteleuropa aufrecht zu erhalten.“

Von Klaeden forderte die EU auf, „eigene Vorstellungen zu entwickeln: Wir werden als Europäer nur relevant sein, wenn wir etwas anzubieten haben.“

*Charles King Mallory (links):
„Der Gegensatz Kooperation oder Konfrontation
gegenüber Russland ist falsch. Wir müssen klar
unsere eigenen Interessen definieren.“*

*Patrick Child (rechts):
„Wir hoffen, dass die Obama-Administration bereit
ist, Europa wesentlich mehr in die Lösung des
Afghanistan-Konflikts auf regionaler Ebene, inklusive
Pakistan und Zentralasien, einzubeziehen.“*



Ein wirkungsvoller Multilateralismus erfordere effektives Handeln von Seiten der Europäer. Sonst sähen die Amerikaner in der „Forderung nach multilateralem Vorgehen der Europäer in Wirklichkeit nur eine Ausrede für Nichtstun. Wenn wir es bei schönen Reden belassen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die neue Administration uns freundlich behandeln wird, aber letztlich dann doch die wesentlichen Entscheidungen ohne uns treffen wird.“

Die Interessen definieren

Charles King Mallory IV, Direktor des Berliner Aspen Instituts, pflichtete seinem Vordredner in diesem Punkt bei. Er plädierte für eine klare, ehrliche und pragmatische Analyse und Umsetzung der vitalen Interessen der Europäischen Union und deren Abstimmung mit den USA. Man müsse anerkennen, dass die historische Entwicklung wirtschaftlich und politisch auf beiden Seiten des Atlantiks (und auch in Russland) zu unterschiedlichen Ansätzen geführt habe. In Amerika sei die soziale Marktwirtschaft ebenso wenig konsensfähig wie die grundsätzliche Absage an einen machtpolitischen Ansatz zu Gunsten einer multilateralen Herangehensweise, die in Europa durch den Einigungsprozess und die freiwillige Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte befördert worden sei.

Zwar müsse der UNO erste Priorität bei der Lösung von Konflikten eingestanden werden. Doch dürfe man, wenn es auf diesem Wege keine Lösung geben sollte, das Handeln weniger (*coalition of the willing*) nicht ausschließen. „Amerikaner haben einen sehr pragmatischen Ansatz“, stellte Mallory fest. Der Aufbau von Vertrauen und die Stärkung des transatlantischen Verhältnisses „fangen damit an, dass man einfach anerkennt, wo die Perzeption der Welt auseinander geht. Das heißt nicht, dass es nicht zu positiven Ergebnissen führen kann. Man muss einfach anerkennen, dass und wie man Sachen unterschiedlich sieht.“

Mallory forderte ein festes sicherheitspolitisches Fundament der transatlantischen Partnerschaft. Gegenwärtig fehle es an einer „Analyse der gemeinsamen Herausforderung“, die als Basis einer „Doktrin für westliche Zusammenarbeit“ dienen könne. Erst nach der Erarbeitung dieser wesentlichen Grundlagen könne man überhaupt „darüber reden, was für eine sicherheitspolitische Architektur man haben will“ und welche Strukturen und Institutionen zu entwickeln seien.

Die Haltung der EU in der Sicherheitspolitik

Der Leiter des Kabinetts der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, *Patrick Child*, sah vor allem die Europäer in der Pflicht, eine Strategie für eine tragfähige sicherheitspolitische Architektur in Europa zu entwerfen. Um neue Ansätze effektiv umzusetzen, schlug er vor, im transatlantischen Dialog die politische Substanz und nicht Prozessfragen in den Vordergrund zu stellen. Zwar sei es für die Vereinigten Staaten bequemer, sich bilateral mit europäischen Staaten zu verständigen, doch sie verlören so die wertvolle Unterstützung der Länder, die nur durch die disziplinierende Wirkung der EU einen Beitrag leisten würden. Ausgehend von diesen grundsätzlichen Überlegungen kommentierte Child die Haltung der EU in einigen zentralen Fragen der internationalen Sicherheitspolitik. So liege in Afghanistan der Fokus der EU auf der Entwicklungspolitik (Wahlen 2009, Justizreform). Gespräche mit dem Iran seien wichtig, aber ebenso die Bereitschaft der Mitgliedsländer, weitaus schärfere Wirtschaftssanktionen zu verhängen als von der UN gefordert, falls die Gespräche scheitern sollten. Völlig kontraproduktiv hingegen sei Druck von amerikanischen Politikern auf europäische Firmen, die in Geschäftsbeziehungen zum Iran stünden. Mit Russland müsse man über eine neue Sicherheitsarchitektur reden, doch dürfe diese niemals die vitalen transatlantischen Sicherheitsbeziehungen konterkarieren.



Die Finanz- und Wirtschaftskrise sei nur mit der entschlossenen Ablehnung der starken protektionistischen Tendenzen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union zu bewältigen. Deshalb müssten auch die ebenso ausgeprägten protektionistischen Impulse in den Vereinigten Staaten eingedämmt werden. In diesem Zusammenhang betrachtete Child die Schaffung der G-20-Runde als „sehr positive Entwicklung“ im Kampf gegen die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, weil auch Länder wie China und Indien vertreten seien. Dieses Forum könne dann später auch auf außen- und sicherheitspolitische Konfliktpotentiale ausgeweitet werden, die alle betreffen.

Im Fokus der Diskussion: Russland

In der anschließenden Diskussion, die sich hauptsächlich um Russland drehte, stellte Botschafter Korcok unmissverständlich fest, dass es eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa nur mit einer zentralen Rolle der NATO geben könne. Ebenso müsse die Menschenrechtsdimension Bestandteil des Sicherheitsbegriffs sein. Auch Eckart von Klaeden forderte eine veränderte Russland-Politik der EU. Die Grundsätze der 1990er Jahre, dass das Land sich kontinuierlich zu einer rechtsstaatlichen Demokratie weiterentwickeln würde, seien nicht mehr gültig. Darauf müsse die EU reagieren und Fehlentwicklungen in Russland nicht nur klar benennen, sondern auch entsprechende Konsequenzen für ihre politische Strategie ziehen.

Auch für Mallory war die Bereitschaft Russlands, sich in die europäische Sicherheitsarchitektur integrieren zu wollen, die entscheidende Frage: „Wie gliedert man Russland in eine neue Sicherheitsstruktur ein, die es dem Land erlaubt, auf Augenhöhe mit anderen Staaten zu handeln, und die es ihm gleichzeitig ermöglicht, eine positive Rolle in den internationalen Beziehungen zu spielen?“ Man brauche Russland im Konflikt mit dem Iran, im Kampf gegen den Terror, in Afghanistan, als Energielieferanten, als Handelspartner mit einer diversifizierten Wirtschaft. Die mangelnde

de Rechtsstaatlichkeit im Land erschwere es unheimlich, Kapital für Investitionen zu erhalten. Zugang zu Kapitalmärkten sei ein Hebel der transatlantischen Gemeinschaft, um Russland zu disziplinieren, sollte es gegen ihre Interessen agieren. Weitere Ansatzpunkte seien die Bewegungsfreiheit durch Visa-Regelungen und der Zugang zu Technologien und Märkten. „Man kann eine Kooperation mit Russland erreichen, aber man muss einfach sehr, sehr realpolitisch abschätzen, was man will und inwieweit man überhaupt Einfluss auf Russland nehmen kann.“

DEMOKRATISIERUNG VS. STABILISIERUNG?

„Wie können *failed states* wie Afghanistan befriedet werden?“, „Welche Ressourcen müssen Europa und die USA bereitstellen, um dem Land eine Perspektive zu eröffnen?“ und „Wie könnte mit Blick auf die Notwendigkeit, auch die Nachbarstaaten in unsere Betrachtungen einzubeziehen, eine Sicherheitsstrategie für die Region aussehen?“ – das waren die drei Leitfragen, unter die Moderator Michael Lange, Teamleiter Außenpolitik der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, das zweite Forum zum Thema „Demokratisierung vs. Stabilisierung? Transatlantische Kooperation beim Umgang mit *falling* oder *failed states*“ stellte.

Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan

Michael Gahler, EVP-ED-Mitglied des europäischen Parlaments und Vizepräsident des Auswärtigen Ausschusses, verdeutlichte die gegenwärtigen Leistungen der EU: in der Entwicklungshilfe (50 Milliarden Euro pro Jahr, über die Hälfte der gesamten Hilfe auf der Welt), dem UN-Budget (40 Prozent), den UN-Friedensoperationen (20 Prozent der Kosten). Etwa 13.000 Europäer sind weltweit eingesetzt bei *Crisis-Management-Missionen*, *Institution-Building* und Wahlbeobachtungen.

Gahler räumte ein, dass die europäische Haltung im Irak-Krieg ein „politisches Fanal“ gewesen sei, weil es



keine gesamteuropäische Position gegeben habe. Jetzt, wo die neue amerikanische Regierung wieder die Diplomatie zum Konfliktlösungsarsenal zähle, wäre es an der Zeit für die Europäer, auch den Militäreinsatz wieder in ihr Arsenal einzuführen. Beide Schritte wären dann „die Basis für einen gemeinsamen Ansatz“.

Im Falle Irans stellte Gahler positiv fest, dass es der Iran auf dem derzeitigen „niedrigen Konfliktniveau“ der jüngsten Resolution des Sicherheitsrates „noch nicht geschafft hat, den einen gegen den anderen auszuspielen“. Die Weltgemeinschaft, inklusive China und Russland, stehe geschlossen gegen Iran. Zunächst müsse mit Wirtschaftssanktionen und der Unterstützung eines internen Regimewechsels fortgefahren werden. Weitere Schritte müsse man sich sehr wohl offen halten, denn „es muss klar sein, dass wir gemeinsam nicht zulassen, dass Iran in den Besitz einer Atombombe kommt“. Die weitere Einbeziehung Russlands wäre ein wichtiger Schritt zur Lösung des Atomkonflikts, denn Russland habe auch „kein Interesse, sich dort jemanden an seiner Südgrenze aufzuziehen, der tatsächlich über eine Atombombe verfügt.“

In Afghanistan beklagte Gahler unterschiedliche, nicht immer kompatible Lösungskonzepte der Alliierten. Amerika setze mehr auf kurzfristige, zumeist militärische Maßnahmen, Europa mehr auf langfristige Entwicklungsprojekte, wie zum Beispiel die Polizeiausbildung. Für einen Erfolg müssten die speziellen kulturellen Gegebenheiten im Land stärker berücksichtigt werden. Eine starke Zentralregierung mit ihren Organen sei der afghanischen Bevölkerung fremd. So sei es besser, die Provinzen zu stabilisieren, weil deren Autoritäten im Volk wesentlich anerkannter seien. Auch bei der Bekämpfung des Drogenanbaus müsse man kurzfristig unorthodoxe Methoden anwenden. So sei es konstruktiv, den Mohnbauern so lange ihre Ernte abzukaufen und diese dann zu vernichten, bis es für diese Menschen alternative Einkommensquellen gebe.

Wichtig sei es, Pakistan zu stabilisieren, indem man mit der Regierung soziale und wirtschaftliche Strategien entwickle. Dies bedinge aber die Erarbeitung solcher Strategien zwischen den USA und Europa. Zurzeit leide Pakistan an der Finanzkrise, die fast zum Staatsbankrott geführt habe, an einer instabilen Energieinfrastruktur, was die Wirtschaft beeinträchtige, und an einer Lebensmittelkrise durch starke Verteuerung der Grundnahrungsmittel. Angesichts dieser dreifachen Krise rief Gahlert die atlantischen Partner zur Zusammenarbeit auf: „Nur wenn Amerika und Europa kooperieren, gelingt es, Pakistan zu stabilisieren und demokratisieren!“

Eine konstruktive strategische Diskussion über Afghanistan

Etienne de Durand, Direktor des Zentrums für Sicherheitsstudien am Französischen Institut für Auswärtige Beziehungen in Paris, bewertete die Leistungen der EU und die Aussichten eines alliierten Erfolgs in Afghanistan wesentlich pessimistischer. In seiner kritischen Darstellung bemängelte er das Fehlen eines gemeinsamen Ziels. Doch sei spätestens seit Clausewitz bekannt, dass dies eine fundamentale Voraussetzung für erfolgreiche Kriegsführung sei. Auch ließen die Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks ihre Bevölkerungen über die Schwere des Konflikts und die erforderlichen Maßnahmen zur Lösung im Dunklen, um sich so die Unterstützung oder Duldung der Wähler zu sichern.

Es gehe derzeit nicht primär um Wiederaufbau, Demokratisierung und Stabilisierung. Es gehe in erster Linie um den Aufbau eines Staates nach einem militärischen Sieg gegen einen Feind, der zu allem entschlossen ist, weil er nichts zu verlieren hat. „Heute ist Sicherheit viel wichtiger als Wiederaufbau“, so De Durand. Solange sich aber die Alliierten drei nicht auf einander abgestimmte Befehlsstrukturen leisteten (ISAF, USA und Spezialkräfte) und auch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten untereinander herrschten, bleibe der Erfolg aus und würde die militärische und propagandistische Stärke des Gegners aufgebaut.



Außerdem warnte de Durand ausdrücklich davor, für kurzfristige operative Erfolge gegen al-Qaida, Militärschläge über die Grenze hinweg in Pakistan zu unternehmen, und dadurch langfristig Pakistan zu destabilisieren. Um den Krieg nicht zu verlieren, müssten die Ambitionen gesenkt und die militärischen und finanziellen Anstrengungen erhöht werden. Zur gleichen Zeit müsse die EU mit der Regierung Obama eine „ernsthafte und konstruktive strategische Diskussion“ über Afghanistan führen, in der die Bekämpfung der politischen Infrastruktur der Taliban und ihrer Propaganda sehr hohe Priorität haben müsse.

Die regionalen Dimensionen von Konflikten

William Drozdiak, Präsident des American Council on Germany, Washington, D.C., nannte die Strategie der Regierung Bush, den Nahen Osten durch Demokratisierung stabilisieren zu wollen, schlichtweg „naiv“. So garantierten Wahlen per se weder Demokratie noch stabile Verhältnisse. Würden Wahlen zu früh abgehalten, dann brächten sie oftmals genau das Gegenteil der gewünschten Stabilisierung. Der Gaza-Streifen sei ein gutes Beispiel für die Zerstörung demokratischer Strukturen durch die Gewinner der zu früh durchgeführten Wahlen, in diesem Fall die Hamas. Diese Tatsache werde heute auf beiden Seiten des Atlantiks zur Kenntnis genommen.

Der Richtungswechsel in der amerikanischen Afghanistan-Politik bestehe laut Drozdiak darin, dass Barack Obama den Dialog mit allen Betroffenen aufnehmen will. Gleichzeitig gelte es, der regionalen Dimension des Konfliktes stärker gerecht zu werden. Hier komme Iran eine Schlüsselrolle zu. Eine regionale Friedenskonferenz, koordiniert von den USA und der EU, sei von sehr großer Bedeutung. Iran sei von den Folgen des Drogenanbaus in Afghanistan am stärksten betroffen. Dort gebe es die höchste Zahl Heroinabhängiger weltweit. An diesem Punkt müsse die Obama-Administration ansetzen, um Iran mit ins Boot zu holen. Das Land habe großen Einfluss auf die Tadschiken in

Afghanistan, deren Befriedung auch den Krieg in Afghanistan entscheidend beeinflussen werde. Dass General Petraeus sich in Afghanistan an die lokalen Stammesfürsten wenden werde, wie so erfolgreich im Irak, bewertete William Drozdiak äußerst positiv. In der Frage des wirtschaftlichen Aufbaus des Landes sei überdies eine wesentlich größere Koordinationsanstrengung der Alliierten erforderlich.

Auf Nachfrage des Publikums bekräftigte Etienne de Durand, dass es in den nächsten 15 Jahren keinen Frieden in Afghanistan geben werde. Daher seien zur Zeit klassische *post-conflict*-Maßnahmen der EU (wie EULEX im Kosovo und DDR [Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration]) zum Scheitern verurteilt. Priorität müsse die Ausbildung einer effektiven Polizei auf Lokalebene haben, damit dort die Taliban besiegt werden könnten. Die Durchsetzung eines Rechtskodexes oder die Korruptionsbekämpfung sei gegenwärtig völlig unangebracht und zum Scheitern verurteilt. „Containment“, die Eindämmung der Taliban innerhalb Afghanistans, müsse oberstes Ziel sein und nicht deren Verfolgung und Tötung außerhalb, in Pakistan. De Durand wiederholte seine Warnung, dass sonst Pakistan destabilisiert werden würde. Es sei die Aufgabe Pakistans, im eigenen Land die Taliban zu bekämpfen. Er zitierte Lawrence von Arabien, der seinerzeit diesen Ansatz der politischen Legitimierung einer Zentralregierung bei der Bevölkerung mit den Worten beschrieb: „Es ist besser, ein Araber macht es schlecht, als wenn es ein Brite perfekt macht.“

Auch *Michael Gahler* war der Meinung, dass eine Mission wie EULEX in Afghanistan zurzeit nicht anwendbar sei. Eine Stabilisierung Pakistans könne nur mit Hilfe der EU und Amerikas erreicht werden. Dabei solle man sich auf drei Aspekte konzentrieren: ein „konstruktives Engagement“ des pakistanischen Militärs und die Eindämmung der destabilisierenden Aktivitäten seines Geheimdienstes, die wirtschaftliche Stabilisierung durch einige zentrale Infrastrukturprojekte (Energie-



und Nahrungsmittelversorgung) und auf Bildungsreformen, die zu einer kostenlosen Schulbildung führen müssten. Insbesondere sei die Schulbildung ein zentraler Aspekt, um das Land dem radikalisierenden Einfluss der Koranschulen dauerhaft zu entziehen. Zusätzlich müssten sich westliche politische Stiftungen beim Aufbau einer neuen, nicht mehr feudal-orientierten politischen Elite in Pakistan engagieren.

Antwortend auf eine Frage im Publikum beurteilte Gahler den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern positiv. Hinter den Kulissen sei man weitergekommen. Die Regierung Obama könne auf viele Elemente der Verhandlungen seiner Vorgänger aufbauen. Gemeinsam mit einem einigen Europa habe der neue amerikanische Präsident die Mittel, den Konfliktparteien akzeptable Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

In der Auseinandersetzung mit Iran müsse, so Gahler, am Ende fruchtloser Verhandlungen auch die Option eines begrenzten Militärschlags bestehen. Sollte es in nächster Zeit zu einem Regimewechsel aus eigener Kraft im Land kommen, sei anzunehmen, dass Iran sein Streben nach der Bombe aufgeben werde. Die Modernisierung der Industrie, vor allem der Ölindustrie, habe dann erste Priorität. Unter den wachsamen Augen der *International Atomic Energy Agency* würde Iran dann aber eine zivile Atommacht werden können.

William Drozdiak vertrat die Auffassung, dass Iran zu wichtig für die Lösung der Irak- und Afghanistan-Konflikte sei, als dass man das Land wegen seiner militärischen Nuklearambitionen isolieren könne. Die Obama-Regierung solle ohne Vorbedingungen mit Iran in Dialog treten. Um die schrumpfenden Finanzmittel der Allianz in der derzeitigen globalen Krise auszugleichen, sollte man verstärkt Saudi-Arabien und die Golfstaaten in die Lösung der Konflikte im Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan und Indien einbinden. Stabilität in der Region sei letztendlich auch in deren vitalem Interesse.

GLOBALER WETTBEWERB UM STRATEGISCHE RESSOURCEN

Stark steigender Energieverbrauch und noch größere Abhängigkeit von Energieimporten in den nächsten zwanzig Jahren: Vor dieser Prognose steht die EU. Mit den Auswirkungen und Lösungsstrategien befasste sich das Panel „Globaler Wettbewerb um strategische Ressourcen“ und die darauf folgende Diskussion, beides moderiert von Sabina Wölkner, Team Europa/Nordamerika, Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Energie und Klima

Charles Esser, Energy Analyst bei der International Crisis Group in Brüssel, verneinte in seinem Vortrag, dass Länder im Wettbewerb um Ressourcen stünden. Vielmehr würden Energiefirmen versuchen, ihren Regierungen einen solchen Wettbewerb zu suggerieren. Beispielsweise sei Chinas Ölversorgung durch ein *Joint Venture* im Sudan nicht sicherer geworden. Denn im Falle eines Embargos gegen China hätte das Land keine Möglichkeit, Öl aus dem Sudan zu importieren. Gleichwohl dürfe man die Abhängigkeit von Ressourcen nicht außer acht lassen. Besonders Europa sei stark von Öl- und Gaslieferungen abhängig, viel stärker als die Vereinigten Staaten, und müsse sich daher Gedanken machen, wie es seine Energieversorgung in den nächsten dreißig bis vierzig Jahren sicherstellen könne.

Die in Amerika einflussreichen Schlagworte *energy independence* und *addiction to oil* lehnt Esser als irreführend und schädlich ab. Es spreche nichts gegen Energieimporte aus befreundeten Ländern wie Kanada oder Norwegen. Und Öl sei nicht an sich schlecht, es komme darauf an, was man daraus mache, woher es komme und wie es sich auf die Umwelt auswirke. Aussagen des Obama-Teams, in den nächsten zehn Jahren die Nettoimporte aus dem Mittleren Osten und aus Venezuela einzustellen, seien extrem kontraproduktiv,



weil sie diese Länder veranlassten, weniger in ihre Ölindustrie zu investieren, wodurch in Zukunft noch weniger Öl produziert werden könne.

Esser zufolge könnte das amerikanische Streben nach Autarkie im Energiesektor unter Obama dazu führen, Gasfelder in Alaska zu erschließen (was die Demokraten während der Regierungszeit Bushs immer abgelehnt haben) und verstärkt auf Kohle und Atomkraft zu setzen. Wie auch in anderen Ländern werde ein politischer Konflikt zwischen *energy independence* und der Bekämpfung des Klimawandels durch die Reduzierung von CO₂-Emissionen entstehen. In diesem Zusammenhang sei auch damit zu rechnen, dass Obama Schritte einleiten werde, den amerikanischen Energiesektor stärker zu regulieren.

Da Europa besonders abhängig von Energieimporten ist, wäre die beste Lösung für dieses Problem die „Maximierung der Solidarität“ innerhalb der EU, im Besonderen ein konsolidierter, einheitlicher Gasmarkt. Solche Verhältnisse zu schaffen, sei eine besondere Herausforderung, da die Mitgliedsstaaten im Energiesektor sehr selbständig handeln können.

Eine effektive Klimapolitik bis 2040 könne nur erreicht werden, wenn Nicht-OECD-Länder stark eingebunden werden, da ihr Bedarf an neuen Kraftwerken überproportional groß sei. Diese Tatsache begrenze den transatlantischen Einfluss auf den Klimawandel.

Viel wichtiger für die Energiesicherheit der westlichen Welt seien die politischen Auswirkungen eines niedrigen Ölpreises. Bleibe der Ölpreis niedrig, dann werde die Sorge um das Energieangebot zur Sorge der Energieanbieter. Geringere Einnahmen könnten die innere Stabilität von Ländern, die stark von Energieeinnahmen abhängig sind, wie zum Beispiel Venezuela, Nigeria oder Iran, gefährden und so allerdings auch dazu führen, dass autoritäre Regime unter Druck geraten und sich stärker öffnen müssen.

Wege der Energiesicherung

Kirsten Westphal, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, sieht das Weltenergiesystem am Scheideweg. Zum einen müsse die Versorgung mit bezahlbarer Energie sichergestellt werden; zum anderen müsse der Umbau in Richtung eines „nachhaltigen und klimaverträglichen Energiesystems“ geschafft werden. Eine kluge Energiepolitik müsse Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit balancieren. Europa stecke dabei in der Schwierigkeit, keine Energieaußenpolitik zu betreiben, was auch die transatlantische Zusammenarbeit berühre.

Die transatlantische Kooperation in der Energiesicherung solle durch einen verstärkten Dialog mit den Produzentenländern, wie Iran oder Russland, verbessert werden, erklärte Kirsten Westphal. Als mögliche Themen eines solchen Dialogs nannte sie die Modernisierung der Fördertechnologie, die Erschließung neuer Öl- und Gasfelder und den Bau neuer Pipelines. Ebenso sollte man sich über den Atlantik darüber einigen, welche Strategien man bei einem sehr stark schwankenden Ölpreis (2008 über \$ 100 Verbilligung in knapp fünf Monaten) anwendet. Denn ein niedriger Ölpreis senke auch die Bereitschaft, in erneuerbare Energien zu investieren, wodurch sich spätere Energiekrisen verschärfen könnten.

Daher sei die Kernkraft zwar nicht der Energietyp erster Wahl, doch als Brückentechnologie in Zeiten des Übergangs zu erneuerbaren Quellen unverzichtbar. Wie sonst, fragte Frau Westphal, könne man bis 2050 die CO₂-Emissionen um 50 Prozent reduzieren – bei einem gleichzeitigen Anstieg des Energiebedarfs um 60 Prozent? Die Kernaufgabe sei „ein *frequenting* und ein *sequencing* zu schaffen. Wir müssen manche Elemente unseres alten Systems behalten, dürfen aber trotz deren großer Zyklen nicht den Weg für Neuerungen versperren.“

Richtungswechsel im Weissen Haus ?

Ansätze für die transatlantische Zusammenarbeit



DIE ZUKUNFT DER RÜSTUNGSKONTROLLE UND DES NICHTVERBREITUNGSREGIMES

Im letzten Panel, „Die Zukunft der Rüstungskontrolle und des Nichtverbreitungsregimes“ einigten sich die Vortragenden Jamie M. Fly, Leiter der Anti-Proliferations-Abteilung des National Security Council, Washington, D.C., Michael Rühle, stellvertretender Leiter der Politischen Planungseinheit im Kabinett des NATO-Generalsekretärs, und Colonel Christopher Langton, International Institute for Strategic Studies, London, auf die *Chatham House Rules*. Auf Zitate mit Namensnennung der Teilnehmer wird somit bei Publikationen verzichtet. Moderiert wurde die Diskussion vom Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Michael Borchard.

Es wurde hervorgehoben, dass die Obama-Administration viele Aspekte der Bush-Regierung übernehmen werde und müsse, weil die Realitäten – ob im Iran, in Nordkorea oder in Afghanistan – keine großen Veränderungen der amerikanischen Haltung zuließen. Es werde mehr Kontinuität als Wandel geben, was auch durch das außenpolitische Team Obamas (zum Beispiel Außenministerin Hillary Clinton, Verteidigungsminister Robert Gates, Nationaler Sicherheitsberater General Jim Jones) verdeutlicht werde. Der Ton der Außenpolitik werde sich ändern, man werde versuchen, mit den Verbündeten kooperativer und mit den Gegnern gesprächsbereiter zu sein. Doch unter dem Strich werde sich auch Obama von machtpolitischen Erwägungen leiten lassen, alleine schon aus sicherheitspolitischen Interessen.

Das Nichtverbreitungsregime der Bush-Regierung sei sehr erfolgreich gewesen. Libyen habe seine nuklearen Systeme und Massenvernichtungswaffenarsenale auf amerikanischen Druck hin aufgegeben. Die *Proliferation Security Initiative* (PSI) sei sehr erfolgreich angewendet worden, da sie schnelles und flexibles Handeln für Nichtverbreitung überall auf der Welt ermögliche. Der Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem ABM-

Vertrag mit Russland sei folgenlos geblieben. Andererseits waren die Amerikaner durch die Aufhebung des Testverbots in der Lage, ein Raketenabwehrsystem zu entwickeln, das in Polen und der Tschechischen Republik stationiert werden soll, um einen potenziellen iranischen Raketenbeschuss abzuwehren. Russland sei von Anfang an über die Intention und die technische Ausführung dieses Projekts informiert und darin involviert gewesen. Daher wäre es ein großer Fehler, dieses Raketenabwehrsystem nur als Verhandlungsmasse gegenüber einem empörten Russland zu verwenden.

Global Zero

Hochtrabende allumfassende Abrüstungspläne, zum Beispiel *Global Zero* (initiiert von Henry Kissinger, Sam Nunn, George Shultz und Bill Perry) seien nicht durchsetzbar, zumal neue Abrüstungs- und Nichtverbreitungsverträge ungeeignet seien, um den gefährlichen Entwicklungen in den Aktivitäten nicht-staatlicher Terrororganisationen zu begegnen. Flexible Abkommen, die heute schon bestünden, seien wesentlich wirksamer und müssten ausgeweitet werden. Da zudem die sicherheitspolitische Attraktivität Amerikas in der Welt zu einem guten Teil auf dessen atomarem Schutzschild beruhe, wäre es taktisch nicht klug und würde global zu großer Verunsicherung führen, diesen aufzugeben. Überdies wäre eine solche amerikanische Nulllösung nur möglich, wenn alle Atomkräfte ihre Arsenale vollständig zerstören würden und diese Abschaffung auch jederzeit und uneingeschränkt kontrollieren ließen. Wegen der schnellen Konvertierung von zivilen Nuklearprogrammen zu militärischen müssten solche umfassenden Kontrollen auch in Ländern mit ausschließlich zivilen Atomprogrammen jederzeit ermöglicht werden.

Es sei weiterhin recht unwahrscheinlich, dass alle Atomkräfte gleichzeitig zu dem Schluss kämen, es sei in ihrem langfristigen strategischen Interesse, auf ihr nukleares Arsenal zu verzichten. Sollte es zum Beispiel Iran gelingen, Nuklearwaffen zu entwickeln,



dann stehe zu befürchten, dass dreizehn Staaten in der Region ihrerseits Nuklearprogramme aufnehmen oder wiederaufnehmen.

Lösungen müssten daher pragmatisch sein: Rüstungskontrolle statt Abrüstung, amerikanische Ratifizierung des *Comprehensive Test Ban Treaty*, weitere START-Abkommen mit Russland, die Kriminalisierung der Proliferation durch Änderungen im internationalen Recht sowie die Aufrechterhaltung des Drucks auf Iran und Nordkorea.

Nichtverbreitung von Rüstungsgütern in einer globalisierten Welt

Gelänge es, Kleinwaffen, Minen und Munition unter den Schirm der Nichtverbreitung zu stellen, dann wäre die Bedrohung durch Terror und organisierte Kriminalität deutlich geringer und die Stabilität in vielen betroffenen Staaten größer. Denn derartige Waffen können überall erworben werden. Das gilt auch für Kriegsmaterial wie Sprengstoff und Munition. Kaum sei ein Konfliktherd beruhigt, schon beginne ein reger Handel mit Kriegsmaterial. Daher müsse es Verpflichtungen der produzierenden Staaten geben, Waffen und Munition verantwortungsvoller zu exportieren.

Minen und Sprengstoffe sind die modernen Währungen der Terroristen. Sie dienen zudem häufig als Ausgangsbasis für die Entwicklung wesentlich schrecklicherer Waffensysteme. Dieses Problem müsse stärker ins Bewusstsein der transatlantischen Partner rücken. Allerdings seien nur die Vereinigten Staaten in der Lage, alle Staaten zusammenzubringen, um in diesem Bereich Lösungen zu erarbeiten.

Die abschließende Diskussion vertiefte die Thematiken Abrüstung, *Global Zero*, *Non-Proliferation Treaty* (NPT), ein Verbot spaltbaren Materials und die Gefahr einer „schmutzigen Bombe“. Letztere wurde als realistisch eingeschätzt, allerdings sei das Ausmaß der denkbaren Zerstörung eher begrenzt. Der NPT sei immer noch die rechtliche Basis für die Nichtverbreitung insgesamt und für die Auseinandersetzung mit Iran im Besonderen. Er müsse als Maßstab für Verstöße gegen das Nonproliferationsgebot erhalten bleiben. Zusätze zum Vertrag werde es allerdings nicht geben, eher andere Ergänzungen, wie die *Proliferation Security Initiative* (PSI) oder Resolution 1540. Diese seien flexibler und daher besser geeignet für den individuellen Fall (Iran, Irak, Indien, Nordkorea). Es bestehe aber die Möglichkeit, einen Vertrag zur Nichtverbreitung spaltbaren Materials auszuhandeln, obwohl ein solcher Vorschlag der Regierung George W. Bush vor Jahren am Widerstand Russlands, Chinas und Pakistans gescheitert sei. „Global Zero“ werde in der Obama-Regierung angesichts der sicherheitspolitischen Personalentscheidungen vermutlich nicht forciert werden.



Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Texte

Dr. Patrick Keller,
Joachim Roschmann,
Sabina Wölkner

Redaktion

Dr. Patrick Keller

Fotos

Henning Lüders

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-940955-72-2

www.kas.de